

**56. Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
am 25.-26.03.2026 in Berlin**

## **Beschluss**

### **TOP 8      Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie in Ostdeutschland**

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstreichen die Bedeutung der Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie in Ostdeutschland. Die über 100.000 Beschäftigten schaffen einen unverzichtbaren Baustein für wirtschaftliche Stärke und Prosperität und bilden das Rückgrat zahlreicher regionaler Wertschöpfungsketten. Die ostdeutschen Länder konstatieren, dass die Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie in ihrer Gesamtheit gefährdet ist. Sinkende Produktionsmengen, steigende Kosten und zu niedrige Anlagenauslastung sind Vorboten möglicher Werksstilllegungen. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen daher folgenden Beschluss:

1. Vor dem Hintergrund zunehmend volatiler, internationaler Wertschöpfungsketten kommt der ostdeutschen Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie eine strategische Rolle für die Versorgungssicherheit und Resilienz gesamtdeutscher Verbundsysteme zu. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, den Erhalt von Arbeitsplätzen und die industrielle Wertschöpfung zu priorisieren und Sofortmaßnahmen auf den Weg zu bringen, um die gesamte ostdeutschen Branche zu stärken. In Kooperation mit den betroffenen Unternehmen sind stabile und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen und Investitionen in robuste Wertschöpfungsnetze voranzutreiben.
  
2. Die Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie, darunter auch die Stahl- und Zementproduktion, sowie die Herstellung weiterer Baustoffe, Metallzeugnisse, Glas und Papier benötigen ausreichend Rohstoffe sowie eine verlässliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Regierungschefin und Regierungschefs

chefs der ostdeutschen Länder begrüßen daher die Abschaffung der Gasspeicherrumlage, den Bundeszuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten 2026 sowie das Vorhaben der Bundesregierung, den Industriestrompreis für drei Jahre abzusenken und mit einer erweiterten Strompreiskompensation zu kombinieren. Gleichsam fordern sie die Bundesregierung auf, langfristige Mechanismen zu entwickeln, die eine verlässliche und bezahlbare Versorgung mit sicherer Energie zu marktfähigen Kosten gewährleisten und spätestens ab 2029 vollumfänglich wirken.

3. Während langwierige Genehmigungsverfahren notwendige Zukunftsinvestitionen blockieren, bedeuten klimapolitische Vorgaben der EU zusätzliche Wettbewerbsnachteile für die ostdeutsche Chemie-, Pharmaindustrie und Grundstoffindustrie sowie das verarbeitende Gewerbe insgesamt. Die ostdeutschen Länder fordern zudem, dass die Bundesregierung sich gegenüber der EU für realistische Fristen einsetzt, Genehmigungsverfahren verkürzt sowie systematischen Bürokratieabbau und die Digitalisierung vorantreibt. Im Rahmen des im Sommer 2026 startenden Reviews zum Europäischen Emissionshandel (ETS 1) muss eine grundlegende Reform der Vorgaben mit dem Ziel der Ausrichtung an tatsächlichen industriellen Umsetzungsbedingungen angestoßen werden. Zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit sollen des Weiteren die CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf fossile Kohlenstoffquellen begrenzt werden und die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Handel zielgerichtet in die Dekarbonisierung der Industrie zurückfließen. Wichtig für die industrielle Transformation sind zudem Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung (CCU/CCS). Vor diesem Hintergrund fordern die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder, dass das Kohlendioxid-Speicherung-und-Transport-Gesetz (KSpTG) zügig umgesetzt wird und ostdeutsche Frontrunner-Unternehmen gezielt unterstützt werden. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, pragmatische Übergangspfade für die Transformation bereitzustellen.
4. Die ostdeutschen Länder betonen, dass faire internationale Wettbewerbsbedingungen entscheidend für den Erhalt der heimischen Grundstoffindustrie sind. Insbesondere in der Stahlindustrie sorgen Subventionen und globale Überkapazitäten für Marktverzerrungen, denen auf europäischer Ebene wirksam entgegengetreten werden muss. Importabhängigkeiten bei Schlüsselrohstoffen und Vorprodukten müssen reduziert und die strategische Eigenproduktion innerhalb Europas gestärkt

werden, um Versorgungssicherheit und industrielle Souveränität zu gewährleisten.

5. Die ostdeutsche Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie leidet unter akutem Fachkräftemangel. Aktuell laufende Transformationsprozesse der Branche erfordern neue Fähigkeiten und erzeugen daher einen hohen Qualifizierungsbedarf. Die Länder fordern daher gezielte Programme zur Sicherung von Fachkräften unter anderem durch Aus- und Weiterbildungsförderung. Zur Bindung von Fachkräften tragen zudem auch attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen in Ostdeutschland bei, zu deren Schaffung und Sicherung auch Anstrengungen des Bundes erforderlich sind.
  
6. Forschungs- und Innovationsnetzwerke in Ostdeutschland unterstreichen das Potenzial der ostdeutschen Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie für Life Sciences, Kreislaufwirtschaft und Startup-Innovationen. Damit sich Ostdeutschland weiter als Innovationshub für industrielle Wertschöpfungsketten etablieren kann und um zusätzliche Investitionen in den Sektor anzuregen, fordern die Länder den Aufbau von Forschungsclustern und Technologieparks durch gezielte Bundesprogramme zu unterstützen.